

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 25 (1931)  
**Heft:** 11  
  
**Rubrik:** Rundschau : Monatsschau

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Witwen), 66 Millionen an Männer und 14 Millionen an Waifern fallen werden. 58 Millionen werden schon im *ersten* Jahre der Uebergangszeit zur Auszahlung gelangen. Ob die Massen unseres Volkes diese Beträge erhalten oder nicht, ist sicher nicht gleichgültig. Bei der jetzigen Zusammensetzung der Bundesversammlung ist an ein besseres, sozialeres Gesetz sicher nicht zu denken. Wenn die jetzige Vorlage verworfen werden sollte, werden wir vielleicht ein paar Jahrzehnte lang gar nichts Aehnliches bekommen. Bei der krankhaften Einstellung gegen alles Soziale und gegen die Sozialdemokratie im Besonderen in den Kreisen um die „Reformierte Schweizer Zeitung“ und der „Eidgenössischen Front“, ist von dieser Seite nichts zu erwarten. Und zum letzten: Von den 16 unentwegten reformierten Pfarrern, die vor ein paar Monaten sich gegen das Gesetz aussprachen, weil sie etwas „Besseres“ wollen, ist sicher auch nichts zu erhoffen. Darum: dennoch und trotz alledem: Am 6. Dezember für die eidgenössische Alters- und Hinterbliebenenversicherung ein entschiedenes *Ja!*

E. E.

## Rundschau

### Monatschau.

Seit der letzten Ueberschau hat sich der Himmel, der schon damals nicht hell war, aber doch einige helle Stellen zeigte, durch welche Verheißung leuchtete, fast völlig verfinstert. Dies besonders wieder in der

#### 1. Weltpolitik.

Hier stehen im Vordergrund die *englischen Wahlen* mit dem gewaltigen Sieg der Konservativen und der ebenso gewaltigen Niederlage der Arbeiterpartei. Nun muß ich allerdings gestehen, daß gerade dieses Ereignis mich weniger bedrückt, als man vielleicht erwartete. Zwar bin ich am allerwenigsten geneigt, eine Niederlage des Sozialismus oder der Arbeiterbewegung überhaupt zu verschleiern oder gar nach der Art gewisser politischer Wahrheitskünstler in einen „Sieg“ umzulügen. Aber man darf der Wahrheit auch nicht auf die umgekehrte Art Gewalt antun. Darum scheue ich mich nicht, zu erklären, daß ich diese englischen Wahlen bloß für eine Episode halte. Es ist folgendes zu bedenken, das zum Teil ja auch von andern geltend gemacht worden ist: Die Niederlage ist groß, ja fast „vernichtend“ nur in Bezug auf die Zahl der gewählten Kandidaten, nicht aber in Bezug auf die Zahl der Wählerstimmen. Diese beträgt gegen sieben Millionen, gar nicht so viel weniger als bei günstigen Wahlen von früher. Und dies unter so schlimmen Umständen! Man darf wohl, wenn man diese berücksichtigt, annehmen, daß die Arbeiterpartei in normalen Zeiten auf mindestens zehn Millionen Stimmen rechnen darf. Nun ist aber bei der Schätzung der Stärke und Bedeutung einer Partei nicht die Zahl der Gewählten, sondern die der Wähler entscheidend. Jene zeigt das Wechselnde, Zufällige, diese das Dauernde und Wesentliche der Lage. Diese sieben (oder zehn) Millionen *bleiben* trotz der bloß 58 Gewählten und bleiben eine wesentliche, ja entscheidend wichtige Macht. Man ist gerade in England gewohnt, nicht bloß mit der Stärke zu rechnen, die einer Sache im Parlament, sondern vor allem mit der, die sie im Volke hat. Und es ist ja überhaupt verkehrt, die *politische* Stärke, die sich eben

vor allem in Wahlen ausdrückt, für das Wesentliche zu halten. Das ist der große Fehler des Marxismus, der sich darin selbst widerspricht, da er ja sonst so sehr auf die entscheidende Wichtigkeit des *wirtschaftlichen* Faktors abstellt. Man kann das wahre Kräfteverhältnis wohl am besten durch ein Bild veranschaulichen, das nur zu sehr den Vorzug der Aktualität besitzt. Die Zahl der Gewählten kann man den Noten vergleichen, die eine Bank ausgibt, die Zahl der Wählerstimmen aber der Golddeckung, die für diese Noten vorhanden ist. Wenn die Zahl der Gewählten im Vergleich zu der Wählerzahl zu groß ist, so haben wir eine Inflation vor uns. Wie die Note bei ungenügender Deckung an Wert verliert, so ein Gewählter, hinter dem, wenn man auf das Gesamtverhältnis achtet, eine ungenügende Wählerzahl steht. So steht es jetzt mit den englischen Konservativen und umgekehrt mit der Arbeiterpartei.

Man weiß, daß das englische Wahlsystem solche Verkehrtheiten begünstigt, indem es da, wo in einem Wahlkreis drei Kandidaten im Wettbewerb stehen, denjenigen als gewählt erklärt, der am meisten Stimmen zählt, auch wenn er das absolute Mehr nicht erreicht hat. Die Tücke dieses Lotteriensystems gereicht bald der einen, bald der andern Partei zum Vorteil oder Nachteil und ist diesmal freilich in ganz außerordentlichem Maße der Arbeiterpartei zum Verhängnis geworden. Aber gerade darum ist ein solches Ergebnis unwirklich, ohne Entscheidungskraft.

Nun muß man freilich die Tatsache dazu nehmen, daß der englische Wähler, wie der amerikanische, bei weitem nicht in dem Maße an eine feste Partei gebunden ist wie der kontinentale. Er behält sich viel mehr als dieser feine Freiheit vor und wählt von Fall zu Fall so oder so. Das ist nun keineswegs bloß ein Nachteil, ich bin vielmehr geneigt, es für einen Vorzug zu halten. Weil dem aber so ist, so bedeuten Wahlen auch nicht etwas so Entscheidendes. Die Waagschalen können von Wahl zu Wahl außerordentlich schwanken. Freilich mag sich nun diese englische Geistesart in eine Haltung verlieren, an der man nicht mehr Freude haben kann: es scheint, daß der Engländer geneigt ist, auch Wahlen ein wenig unter dem Gesichtspunkt des *Sportes* zu behandeln. Das bedeutet, daß er sie nicht so wichtig nimmt, wie der kontinentale Bürger. Darum spielt die Wahlfensation eine so große Rolle und darum scheint der Engländer noch viel mehr als der Kontinentale geneigt, auf einen Wahltrick des letzten Augenblicks hereinzufallen. So hat bei der letzten großen Niederlage der Arbeiterpartei der gefälschte Sinowiew-Brief eine entscheidende Rolle gespielt und so diesmal die nicht weniger gefälschte Behauptung, die Arbeiterregierung habe die Postsparkassen „bestohlen“, eine nicht kleine. Es scheint, der englische Wähler betrachtete einen solchen „raffigen“ Wahltrick fast wie den letzten siegreichen Sprung eines Pferdes beim Wettrennen, dem er zuzubelt. Nicht die Ueberlegung gilt mehr, sondern der sportliche Affekt. Die Wahlen sind Wettkampf im griechischen Sinne, Agon, Sport-Kampf, nicht Ideen-Kampf.

Dazu kommen diesmal noch andere Momente, die stark auf den Affekt wirkten. So vor allem das Motiv der *Angst*, das in diesem letzten Jahrzehnt so viele Wahlen und Abstimmungen gemacht hat (nicht zum wenigsten auch in der Schweiz) und das in England in dem gefährdeten Pfund ebenso ein Symbol bekam, wie etwa bei uns in dem gefährdeten Sparheft. Diese Angst flüchtet immer am liebsten zu Mächten der Tradition, die zuverlässiger scheinen: zum Papst oder zum Bibelbuchstaben, zum Diktator oder zum Reaktionär — je nachdem. Erich Schairer macht in der „Sonntagszeitung“ mit Recht darauf aufmerksam, daß solche Zeiten ökonomischer Unsicherheit und Depression, in denen scheinbar die Saat des Sozialismus üppig aufgehen müßte, diesem — eben aus dem angeführten Grunde — in Wirklichkeit gar nicht günstig seien. Das ist, nebenbei, eine ganz unmarxistische Bemerkung: Der Sozialismus entsteht eben nicht sozusagen von selbst, aus der Verelendung und Verzweiflung, sondern aus der Kraft und dem Glauben, und nicht von selbst.

Machen wir uns endlich noch klar, daß dieser Wahlkampf durchaus nicht

unter der Parole: „Für oder gegen den Sozialismus!“ erfolgte. Abgesehen davon, daß Sozialismus in England etwas recht anderes ist, als auf dem Kontinent, kämpfte ja diesmal Sozialismus gegen Sozialismus. Denn an der Spitze der Gegner der Arbeiterpartei standen ja drei der wichtigsten sozialistischen Führer: Snowden, Thomas und vor allem Macdonald. Die Dinge liegen doch einfach so, daß Macdonalds Einfluß auf die Wählermassen der Arbeiterpartei sehr viel größer war und ist, als die Blätter der Partei wahr haben wollten. Freilich ist dann ein Teil dieser Wähler gerade zu den Konservativen gegangen, da ja die Partei Macdonalds nur in einem Teil der Wahlkreise eigene Kandidaten aufgestellt hatte. Mit andern Worten: auf der Fahne, die Macdonald mit seinen Verbündeten aufpflanzte, stand nicht die Lofung: „Gegen den Sozialismus“, sondern: „Eine nationale Regierung zur Rettung des Landes“. Daß dadurch äußerste Verwirrung in die Reihen der Arbeiterpartei getragen werden mußte, liegt auf der Hand. Wenn man das alles bedenkt, so wird klar, wie lächerlich es ist, von diesen Wahlen als von einer „Vernichtung“ des englischen Sozialismus zu reden. Ich bleibe dabei: Es ist eine nach den besonderen englischen Verhältnissen zu beurteilende Episode in einem großen Kampfe, nicht mehr. Diese Episode kann vielleicht recht kurz sein. Denn im Schoße des neuen Kabinetts stoßen sich die äußersten Gegensätze. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß diese sich lange friedlich vertragen werden. Die Uebermacht der Konservativen wird sich zur Geltung bringen wollen. Wenn dann Macdonald nicht nachgibt, werden Neuwahlen nötig werden, die schon ein ganz anderes Bild ergeben könnten. Es handelt sich auf keine Weise um etwas Endgültiges.

Aehnliches ist von den *Folgen* zu sagen, die das Ereignis wahrscheinlich haben wird. Diese brauchen keineswegs so katastrophal zu sein, wie manche fürchten. Es ist in dieser Beziehung zu bedenken — was übrigens auch für die Psychologie der Wahlen sehr in Betracht kommt —, daß der englische Konservatismus im allgemeinen keineswegs mit der Vorstellung von *Reaktion* verbunden werden darf. Der durchschnittliche englische Konservative steht besonders in Bezug auf soziale Gesinnung noch ziemlich weit links von unserem „Freisinn“. Es haben sich ihnen früher, als es noch keine Arbeiterpartei gab, viel mehr die Sympathien der Arbeiterschaft zugewendet als den Liberalen. Sie werden in der Sozialpolitik sicher nicht vorgehen wie etwa ein Hugenberg, wenn er zur Macht käme. Auch in Bezug auf die Weltpolitik wird der Kurs wahrscheinlich keine große Aenderung erfahren. Die Abrüstung muß nicht nur das Ziel auch einer „nationalen“, sondern sogar das einer konservativen Regierung bleiben. Sie mag sogar in einigen Punkten klarer fehlen, als die etwas doktrinären Labour-Leute. Wenn Henderson Präsident der Abrüstungskonferenz bleibt, so entspricht das nicht nur der Loyalität, ja Ritterlichkeit der englischen politischen Sitte, die einen Gegner nicht für einen Schurken oder Narren betrachtet und ihn als quantité négligeable behandeln möchte, sondern auch der wirklichen politischen Sachlage. Und auch in Bezug auf Indien wird man das Rad nicht einfach zurückdrehen können und wollen.

Wenn man also auf keine Weise von einer Katastrophe reden darf, welche diese Wahlen bedeuteten, so soll nun aber keineswegs geleugnet werden, daß sie eine bedenkliche Seite haben. Vor allem: es besteht nun die Gefahr einer englischen *Schutzzollpolitik*. Diese aber könnte eine Katastrophe werden. Und zwar nicht für den Sozialismus, sondern für den Kapitalismus. Nichts ist darum törichter als der Jubel der bürgerlichen Kreise über die sogenannte Vernichtung des „Marxismus“. Dieser Jubel ist in der Schweiz am törichtsten; denn England ist nicht nur, wenn ich nicht irre, der Hauptabnehmer unserer Industrie, sondern war überhaupt der Hort des Freihandels. Urteilsfähige Bürgerliche haben denn auch das Ergebnis dieser Wahlen mit einem trockenen und einem nassen Auge begrüßt. Aber man muß auch zugeben, daß es für die *Weltpolitik* ungünstige Wirkungen haben kann. Wenn auch jede englische Regierung für die Abrüstung sein muß, so wird eine vorwiegend konservativ gestimmte lange nicht mit der

gleichen Wucht für sie einstehen wie die Arbeiterregierung. Henderson wird als Vorsitzender der Abrüstungskonferenz natürlich nicht die gleiche Autorität haben wie vorher. Und auch in Bezug auf *Indien* wird sie zurückhaltender sein — was ein großes Verhängnis werden könnte. Es wird überall ein mächtiger Faktor fehlen, der für Frieden und Demokratie wirkte.

An dieser Stelle muß überhaupt der Wahnsinn abgewiesen werden, der von einem Fiasko der englischen Arbeiterregierung und der Schuld derselben an Englands heutiger Bedrängnis fälschte. Abgesehen davon, daß die Arbeiterpartei stets nur eine Minderheitsregierung war und von Sozialismus darum keine Rede sein konnte, sondern bloß von Sozialreform, ist doch sonnenklar, daß Englands schwere Lage während des letzten Jahrzehnts nichts mit dem Sozialismus oder der Arbeiterregierung zu tun hatte. Sie stammte aus der allgemeinen Weltlage der Nachkriegszeit, aus der falschen Währungs- und Reparationspolitik der *Konservativen*, aus dem indischen Problem (dem Boykott der englischen Waren in Indien), der Sabotierung des Genfer Protokolls durch jene, der falschen Finanzpolitik der Bank von England, dem Vorgehen der Weltfinanz gegen die Arbeiterregierung und ähnlichen Faktoren. Auf der andern Seite liegen die gewaltigen *Verdienste* dieser Arbeiterregierung für jeden, der sehen kann und will, offen zu Tage. Sie hat auf die ganze Atmosphäre der Weltpolitik einen entscheidenden Einfluß zum Guten gehabt. Sie hat den Frieden mit Amerika hergestellt, hat in Bezug auf das indische Problem, wenn auch allzu zögernd, den rettenden Weg betreten, hat die Abrüstungs- und Völkerbundsache in den Mittelpunkt ihres Bemühens gestellt, ist gegen den Faschismus auf eine Weise eingestanden, die vielleicht Europa vor der Katastrophe bewahrt hat (ich denke besonders an ihre Intervention in Österreich vor einem Jahre), kurz, die Welt hat Urfache, ihr zu danken, statt mit Steinen auf sie zu werfen. Der Sozialismus hat in ihr keineswegs veragt.

Aber wieder soll nicht verhehlt werden, daß auch auf Seiten der Arbeiterpartei Passivposten sind. So weit unfereins urteilen kann, hat es ihr besonders in Bezug auf die innere Politik an schöpferischen Ideen und durchgreifender Kraft gefehlt. Und es scheint, daß sie besonders der letzten kritischen Situation, die dann zur Auflösung geführt hat, nicht gewachsen war. Die Niederlage wird also sicher nicht bloß eine Folge der ungünstigen Verhältnisse gewesen sein. Vielleicht lässt sich diese Wahrheit besser positiv wenden: Diese Niederlage mag dem englischen Sozialismus gut tun. Vielleicht, daß eben auch in ihm zu viel Sportgeist war, ich meine: daß er zu wenig Ernst und Tiefe besaß, daß er den Sozialismus für eine allzuleichte Sache hielt, zu sehr im *Betriebe* aufging. Eine Vertiefung und Sammlung wird auch er nötig haben. Freilich suche ich diese nicht in sogenannter marxistischer Schulung. Auch glaube ich, daß die englische Art diese dauernd ablehnen wird. Nein, sie wird auf einer andern, dieser englischen Art besser entsprechenden Linie erfolgen. Daß sie aber erfolgen wird, dessen dürfen wir sicher sein. Eine Bürgschaft dafür ist auch, daß man in ihren Reihen nicht versucht, die Niederlage zu verschleiern oder in einen Sieg umzulügen, sondern sie ehrlich zugibt und auch erklärt, daß man daraus zu lernen habe.

*Und wenn der ganze Sozialismus daraus lernte, was zu lernen ist: daß er auf dem bisherigen Wege nicht weiter kommt, dann verwandelte sich diese Niederlage wirklich in Sieg.*

Ein besonderes Wort ist noch von *Macdonald* zu sagen. Zwar muß ich infolge ungenügender Dokumentation mit meinem Urteil über sein Tun immer noch zurückhalten. Entscheidend scheint mir namentlich zu sein, ob es möglich und notwendig gewesen wäre, dem Anschlag der nationalen und internationalen Finanz Widerstand zu leisten. Ich bin von mir aus sehr geneigt, diese Frage zu bejahen, aber es reicht zu einem einigermaßen sicheren Urteil über dieses Problem nicht. Nur eins scheint nun doch klar zu sein: Wenn *Macdonald* nun dazu gelangt ist, an der Spitze einer gegnerischen Koalition seiner Partei eine solche

Niederlage und den Konservativen einen solchen Triumph zu bereiten, so ist das eine tragische Sache und nicht einzusehen, wie sein Weg weiter gehen soll. Auch ich habe sofort die Empfindung gehabt, daß gerade die Größe seines „Sieges“ sein Verhängnis werden müsse.

Im übrigen stehen wir ja erst am Anfang gewisser Entwicklungen!

Daß die Atmosphäre Europas durch diese englische Wendung *mehr* im Sinne der Reaktion bestimmt worden ist, bleibt nach allen von mir gemachten Vorbehalten natürlich bestehen. Damit sind wir aber auch sofort zu den *deutschen Entwicklungen* gelangt. Denn diese nehmen deutlich eine ähnliche Wendung. Ich verweile auf ihre ausführliche Erörterung in der letzten Monatschau. Was weiter geschehen ist, weist alles auf eine kommende Rechtsdiktatur hin. Von „kommand“ zu reden, ist freilich infofern falsch, als sie ja schon vorhanden ist. Sie drückt sich in den Notverordnungen, in der Ohnmacht des Reichstages, im Regime Hindenburg und vor allem in dem der Reichswehr (Gröner-Schleicher) aus. Wenn der Kriegsminister auch das Departement des Innern verwaltet, so ist dazu kein Kommentar mehr nötig. Auch der neugeschaffene *Wirtschaftsrat* scheint ein Organ dieser Diktatur zu sein. Diese ganze Diktatur mag durch Hinzuziehung, sei's „Hugenberg“, sei's „Hitlers“, bloß noch gröbere Formen bekommen. Und nun scheint eine in der letzten Monatschau hervorgehobene Möglichkeit der Verwirklichung näher zu rücken: daß das Zentrum sich mit den Nationalsozialisten einläßt und also eine Diktatur Hindenburg-Gröner-Schleicher-Hitler-Brüning entstünde. Eifrige Verhandlungen nach dieser Richtung hin sind im Gange. Noch wehrt sich der linke Flügel des Zentrums und wehrt sich, wie es scheint, auch Brüning, aber wie lange noch? Er hat zuerst Curtius opfern müssen (was an sich wenige bedauerten), dann Guérard und Wirth — wird er auf dieser Linie haltmachen können?

Die Harzburger Opposition allerdings ist ein buntes Gemisch und in ziemlichem Streit untereinander. Daß einige Großindustrielle zu einer neuen Inflation greifen wollten, hat scheint's viele erschreckt. Aber der Nationalismus als Ganzes drängt gewaltig vor.

Eins mit Nachdruck zu sagen will ich nicht vergessen: Wenn es sich bloß darum handelte, daß ein *konservatives* oder in einem tieferen und besseren Sinne *nationales* Element in Deutschlands Regierungssystem mehr zur Geltung käme, so hielte ich das keineswegs für ein Unglück. Aber *darum* handelt es sich nicht, es handelt sich um rohe und wilde Reaktion und um einen entsprechenden Nationalismus. *Davon* ist nur Katastrophe zu erwarten.

Fahren wir fort. Wenn sich so von der mehr wirtschaftlich-sozialen Seite her der weltpolitische Himmel stärker verdunkelt hat, so auch von der mehr politischen her. *Lavals Reise nach Amerika* mag französisch-nationalistische Hoffnungen verwirklicht haben, aber nicht europäische.<sup>1)</sup> Was man in dieser Beziehung erwartete: einen weiteren Fortschritt in der Lösung des Reparationsproblems im Sinne seiner Liquidierung und seiner Verbindung mit radikaler Abrüstung, nicht ohne erlaubte Konzessionen an das französische Sicherheitsprinzip, und mit allem eine intensivere Beteiligung der Vereinigten Staaten an den Problemen Europas, das ist alles durch diese Reise, wie es scheint, nur sehr wenig gefördert, wenn nicht gar preisgegeben worden. Offenbar steht Hoover mit seinen Gessinnungsgenossen vor unüberwindlichen Hemmungen, die aus der elenden Wahlpolitik aufsteigen, und diese Hemmungen scheinen ihre Wurzel in der noch immer starken amerikanischen Selbstgerechtigkeit und Selbstgenügsamkeit zu haben, Hoovers Wähler aber zum großen Teil gerade aus den Kreisen zu kommen, in welchen dieser Geist herrscht. Dazu gefellt sich eine ausgesprochene frankreichfeindliche Stimmung weiter, besonders radikaler und pazifistischer Kreise.

<sup>1)</sup> Erreicht wurden neben Abmachungen über die Währung eine gewisse Rettung des Young-Planes, auf dessen Boden die weiteren Lösungen vor sich gehen sollen, und wie es scheint, gewisse Versprechungen von Seiten Hoovers, künftig in diesen Dingen nicht ohne Frankreich vorzugehen.

Ihr Sprecher ist jener Senator *Borah* geworden, ein bekannter Haßer Frankreichs und des Völkerbundes, der wirklichen Geist und wirkliche Einsicht durch überhebliche Brutalität zu ersetzen scheint. Diese blinde Feindschaft besonders radikaler und pazifistischer Kreise gegen Frankreich — die Frucht von Doktrinarismus, Unwissenheit und Propaganda — ist darum so sehr zu bedauern, weil sie das Wahre, das in ihrer Position enthalten ist, diskreditiert und lähmt und damit das Gegenteil von dem erreicht, was sie eigentlich meint. Im Uebrigen darf man sich durch die Enttäuschung, die diese Aussprache Hoover-Laval bedeutet, nicht an der Hoffnung irre machen lassen, Amerika werde wieder auf den Weg Wilsons kommen.<sup>1)</sup>

Die sogenannte *deutsch-französische Verständigung* soll dennoch weitergehen. Aber es ist eine sehr kühle Sache geworden, bis vielleicht gar der Gluthauch verbundener Nationalismen hineinfährt.

Endlich hat sich der Himmel auch im fernen Osten weiter verdunkelt. Es scheint, als ob *Japan* einfach aus der Weltlage Nutzen ziehen wolle. Es fürchtet offenbar weder von England noch von Amerika noch von Russland einen Widerstand, der bis zum äußersten ginge. Von einem „Verfagen“ des Völkerbundes zu reden, ist in diesem Falle, wenigstens nach dem, was bisher geschehen ist, gedankenloses Geschwätz. Denn der Völkerbundsrat ist diesmal einer Großmacht gegenüber mit einer Festigkeit aufgetreten, die man kaum hätte erwarten dürfen. Wenn er nicht mehr *Macht* hat, so ist es der Gipfel der Torheit, ihm das zum Vorwurf zu machen. Falls es übrigens auch nur gelingt, den *großen Krieg* zwischen Japan und China zu verhindern, so ist das ein Aktivum des Völkerbundes, das nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Wie stellt sich *Russland* zur Sache? Sollte gar das Vorgehen Japans den Sinn haben, daß es sich zum voraus sichern will, wenn der Bolschewismus eines Tages China eroberte? Und sollten sich daraus geheime Hemmungen im Vorgehen der andern Mächte, besonders der Vereinigten Staaten und des konservativen Englands ergeben? Die Frage muß jedenfalls gestellt werden.

Jedem Friedensfreund ist im übrigen klar, welche schlimme Wirkung es haben müßte, wenn der japanische Streich nicht mißlänge. Man würde uns triumphierend entgegenhalten: „Seht, so geht es, wenn man nicht militärisch gerüstet ist! Dann fällt der andere über uns her!“ Wenn es aber richtig ist — und es scheint sich zu bestätigen —, daß es der japanische *Militärklüngel* ist, der diese furchtbare Verstörung über die Welt heraufgeführt hat, dann haben wir ein Recht, zu antworten: „Die größte aller Gefahren für den Frieden ist die Militärkaste. Bevor sie abgetan ist, wird es keinen sichern Frieden geben!“ Das ist jedenfalls eine sehr deutliche und wichtige Lehre dieser Vorgänge — für alle wenigstens, die noch zu lernen imstande sind. Auch die Fackel, die den Weltbrand erzeugt hat, ist von dieser Kaste angezündet worden.

Werfen wir von diesen im Augenblick wichtigsten Schauplätzen des weltpolitischen Geschehens noch einen Blick auf einige Nebenschauplätze.

Die *Balkanstaaten* haben auf einer zweiten *Konferenz*, die diesmal in Konstantinopel stattfand, einen balkanischen Nichtangriffs-Pakt ins Auge gefaßt, verbunden mit Kriegsächtung innerhalb des Balkans und obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit, und dazu gegenseitige Hilfeleistung und wirtschaftliche Maßregeln. Aber das alles bleibt noch inoffiziell; auch soll es wegen der Minoritätsfrage, die offiziell nicht angerührt werden sollte und doch der eigentliche Erisapfel des Balkans ist, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein. — Für den näheren Osten taucht das Problem der *Zollunion* wieder auf, aber diesmal in einer besseren Form, nämlich als eine zwischen der Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich. Auch von der *Donauföderation* wird, zum Teil im Zusammenhang damit, immer wieder geredet. Eine gewisse europäische Einigung bedeuten auch die *Getreidekontingente*, die Deutschland von Rumänien und Ungarn,

<sup>1)</sup> Wilson zu schmähen, auf Grund völliger Unwissenheit, sollte man wenigstens in der Schweiz andern überlassen. Das ist doch alles nur elendes Geschwätz.

Frankreich von Südslavien zu „Präferentialzöllen“ übernehmen. — Die Unabhängigkeitbewegung äußert sich im Aufstand auf Zypern.<sup>1)</sup> Dagegen soll der Irak (Mesopotamien) nächstens unter eifriger Empfehlung Englands als selbständiger Staat in den Völkerbund aufgenommen werden. Von der *Round-Table-Konferenz* kommt die Kunde, daß Gandhi vom allindischen Kongreß zur Heimkehr gemahnt werde. Das wäre doch wohl ein übles Zeichen? Erfreulich ist dagegen, daß jene Gefahr abgewendet ist, von der wir letztes Mal redeten: Gandhi macht keine Rundreise auf dem Kontinent und wird also nicht ein Objekt der Reklame und der Sensationswut. — Etwas Gutes für den vielgeprüften Völkerbund ist der *Eintritt* eines so großen und zukunftsvoilen Landes wie Mexiko.

## 2. *Faschismus, Bolschewismus, Katholizismus, Demokratie.*

Es ist vorläufig noch ein beständiges Hin- und Herfluten. Während die letzte Monatschau mehr von Rückschlägen berichten durfte, die der Faschismus erlitten, ist diesmal mehr von einem Vordringen zu reden. Bei Wahlen in *Anhalt* und *Mecklenburg* haben die Nationalsozialisten gewaltige Fortschritte gemacht, daneben freilich auch die Kommunisten, aber diese verhältnismäßig kleinere. Die Sozialdemokratie hat in Mecklenburg 40 Prozent der Stimmen verloren. Aehnliches hat sich in *Bremen* wiederholt. Bei einem großen Truppenzusammenzug der Nationalsozialisten in Braunschweig kam es zu einer förmlichen Straßenschlacht zwischen ihnen und den Kommunisten. Dieser Bürgerkrieg im kleinen geht Tag für Tag vorwärts. Die stetigen Wahlerfolge des Nationalsozialismus mögen es sein, die es unvermeidlich zu machen scheinen, daß man Hitler zum Kompagnon im Diktaturgeschäft mache, wonach er sich ja so sehr sehnt, vielleicht ahnend, daß er seine Scharen sonst nicht mehr allzulange beisammenhalten könnte. Wer weiß, es wäre vielleicht nicht das Dümmste, ihn zur Macht heranzulassen. Denn die Angst ist auch eine schlechte *politische Muse*. Die Bewegung selbst würde sich dann wohl rasch verlaufen.

Der Vater und Großvater des Faschismus (in seiner heutigen machtpolitischen Form) freut sich in Rom dieser Entwicklungen (die er im Grunde wohl verachtet), weil er hofft, in dem trüben Wasser, das sie machen, fischen zu dürfen. Denn um *mehr* kann es sich bei ihm sicher nie handeln. *Diesem* Zwecke diente wohl auch *Grandis Besuch in Berlin*. Mussolini hat gleichzeitig bei einer großen Parade entsprechende Reden gehalten. Den Mut, selbst nach Berlin zu gehen, hatte er natürlich nicht. Die faschistische Miliz hat in Montenero di Bifaccio wegen einer vermeintlichen Provokation ein Blutbad angerichtet. Die Greuel der Liparischen Inseln gehen unvermindert fort. Da und dort begegnet dem Faschismus im eigenen Lande, das in äußerster ökonomischer Not ist, erbitterter Widerstand. Der Flug Lauro de Bosis über Rom hat offenbar wieder gewaltigen Eindruck gemacht. Man erfährt, daß de Bosis ein bedeutender Dichter war, wie auch der Sohn eines solchen, der zugleich ein bedeutender Ingenieur war. In einem Gedicht über Ikarus und Dädalus hat er seine Tat tiefsinnig vorausgenommen. Er hat sie auch unter dem Titel: „Geschichte meines Todes“ zum voraus beschrieben. Den Tod scheint er auch wirklich gefunden zu haben. Das ist nun wirkliches Heldenhumor, vom bloßen Sportheldenhumor *toto coelo* verschieden.

Die sogenannte Verfassung *Jugoslaviens* erweist sich als Schwindel. Sie soll bloß eine Maskierung der Diktatur sein. Die nach ihr vorgenommenen Wahlen waren Terrorwahlen. In *Brest-Litowsk* enthüllt ein großer Prozeß die Korruption der Diktatur auch eines Pilсудsky. (Man erinnert sich an die Mißhandlungen, die diese Gefangenen im Kerker erdulden mußten!)

Nehmen wir die englischen Vorgänge auch dazu, so ist augenblicklich eine faschistische Konjunktur nicht zu erkennen.

<sup>1)</sup> Man darf eine solche Bewegung nicht allzu wichtig nehmen, wie auch die „Meuterei“ auf der englischen Kriegsflotte und der deutschen Handelsflotte, aber sie bleiben, jede in ihrer Sphäre, Zeichen der Unruhe und des Selbständigkeitstranges unterdrückter oder überhaupt abhängiger Völker und Volkskreise.

Weniger ist eine solche für den Gegenspieler, den *Bolschewismus*, vorhanden, abgesehen von dem deutschen Kommunismus. Aus *Rußland* kommen wieder weniger sieghafte Nachrichten. Der Produktionsüberfluß in der Welt hemmt den billigen russischen Export (das sogenannte Dumping), das doch zur Stütze des Fünfjahrplanes dienen sollte. Ebenso bleibt das ausländische Kapital aus. Fast scheint es, als ob dieser kommunistische Kapitalismus das Los des bürgerlichen teilen sollte — was ganz der innern Logik der Dinge entspräche. Die nach amerikanischem Muster geschaffenen, gigantischen Fabriken stehen halb leer. Von den Kolchofen wird gemeldet, daß sie streiken, d. h. zu viel Getreide für sich behalten. Kurz: es scheint auch da zu kriseln. Dazu bedeutet das Wiederaufkommen der konservativen Macht in England eine politische Erschwerung für die Sowjets. Ja, die reaktionäre europäische Konstellation gibt sogar dem Gespenst eines Krieges des „Westens“ (wozu diesmal Deutschland mitgehörte) eine etwas größere Realität, wobei dieser Strömung freilich der Nichtangriffspakt mit Frankreich entgegensteht, der jetzt Tatsache zu sein scheint. Diese ganze Bedrängnis Russlands scheint im übrigen das Gute zu haben, daß es keinen Versuch ermutigen könnte, es jetzt mit der „Weltrevolution“ zu wagen.

In einem merkwürdigen Gegensatz zu den antidemokratischen Entwicklungen stehen die *spanischen Vorgänge*. Hier feiert die demokratische Republik ihre Flitterwochen. Die Cortes erklären Spanien als eine auf die Arbeit gegründete soziale (nicht sozialistische) Republik. Der Arbeiterschaft wird ein weitgehendes Mitspracherecht in Betrieb und Verwaltung eingeräumt. Das Besitzrecht wird starken Beschränkungen unterworfen.<sup>1)</sup> Das Asylrecht für politische Flüchtlinge wird auf eine Art betont, welche die heutige Schweiz stark beschämmt. (Der bekannte Schriftsteller Ortega y Gasset wollte direkt eine Einladung an die politischen Verfolgten aller Länder in die Verfassung bringen.) Die scharfen Maßregeln gegen die Kirche treten endgültig in Kraft; die Jesuiten sind unmöglich gemacht, das Eigentum der Klöster und Kirchen (die „tote Hand“) wird äußerst eingeschränkt, der Kirche jede staatliche Unterstützung entzogen, überhaupt die Trennung von Kirche und Staat radikal durchgeführt, den Orden sogar aller Unterricht verboten.

Man darf sich über vieles dieser Art freuen. Manchmal aber wird dieser Radikalismus bedenklich. Es droht an Stelle der Kirche der absolute Staat zu treten. Der „Kulturkampf“ wird auf eine Weise geführt, die man wohl begreifen, aber nicht billigen kann. Eine Reaktion darauf scheint unvermeidlich. Schon ist deswegen die Regierung Zamora zurückgetreten, um einer noch radikaleren Regierung Azama Platz zu machen. Und dann?... Auch regt sich immer wieder

<sup>1)</sup> Es sind darüber folgende Bestimmungen in die neue Verfassung aufgenommen worden:

Der gesamte Reichtum des Landes, wer immer sein Eigentümer sei, ist den Interessen der nationalen Wirtschaft untergeordnet und zum Tragen der öffentlichen Lasten heranzuziehen, im Sinne der Verfassung und des Gesetzes.

Das Eigentum an jeder Art von Gütern kann der zwangsweisen Enteignung unterworfen werden aus Gründen öffentlichen Nutzens, gegen angemessene Entschädigung, es sei denn, daß ein mit absoluter Mehrheit vom Parlament angenommenes Gesetz anders bestimmte.

Unter denselben Bedingungen kann auch die Sozialisierung des Eigentums vollzogen werden.

Die öffentlichen Dienste und die Ausbeutung natürlicher Güter, soweit sie von nationalem Interesse ist, können nationalisiert werden, wenn soziale Bedürfnisse (*necesidad*) es erfordern.

Der Staat kann gesetzlich den Betrieb und die Zusammenlegung von Industrien und Unternehmungen regeln, wenn die Rationalisierung der Produktion und die Interessen der nationalen Wirtschaft dies erfordern.

Die Einziehung der Güter als Strafmaßnahme kann nicht verfügt werden.

die soziale Revolution, in welcher Anarchismus (Syndikalismus) und Kommunismus eine gewisse ungute Verbindung eingehen.

Eins bleibt aber rätselhaft: Daß die römische Kirche nicht die Warnung zu erkennen scheint, die in diesen Vorgängen liegt, sondern sich dadurch erst recht auf die Bahn treiben läßt, die zu einem solchen Ende führen muß. Oder ist es anders?

### 3. Die Friedensbewegung.

Die Vorbereitung auf die *Abrüstungskonferenz* steht immer im Mittelpunkt der Friedensbewegung, was ja natürlich ist. Zahllose Versammlungen und Resolutionen, besonders auch religiöser und kirchlicher Vereine und Korporationen, beschäftigen sich damit. Sie alle anzuführen wird immer mehr unmöglich und auch unnötig. Es ist jedenfalls eine starke Volksbewegung.

Die Aktion der *Frauenliga* in der Schweiz hat es inzwischen auf etwa 275 000 Unterschriften gebracht, was alle Erwartungen übertrifft. Auf der Generalversammlung der Liga in Basel redete wieder unser Freund *Waldus Neftler* aus eigener gründlicher Erfahrung über den Giftgaskrieg und machte tiefen Eindruck.

Die vorgeschlagenen *Rüstungsferien* während der Abrüstungskonferenz scheinen allgemein angenommen zu werden, aber unter Vorbehalten, die sie zur Komödie machen. Es wird natürlich ungehemmt weiter gerüstet. Ebenso war scheint's die Freude über die Annahme des kommunistischen Antrages auf Einstellung der *Panzerkreuzer-Bauten* durch den deutschen Reichstag verfrüht. Der Wehrminister erklärte, er betrachte einen solchen Beschuß bloß als „Empfehlung“ und ließ deutlich merken, daß er darauf pfeife. Dagegen scheint der neulich stattgefundene Kongreß der *französischen Radikalsozialisten* doch bessere Aussichten für die französische Haltung an der Abrüstungskonferenz zu eröffnen. Man war dort doch für eine sofortige Abrüstung von 15 bis 20 Prozent.<sup>1)</sup>

Bedeutsam ist die Nachricht, daß man neuerdings wieder eine, gar nicht unwirksame, starke *kommunistische Agitation in der deutschen Reichswehr* entdeckt hat. Ein Zeichen der Zersetzung auch des Militärsystems!

Aus der deutschen Friedensgesellschaft, in welcher der Streit zwischen den

<sup>1)</sup> Der betreffende Beschuß ist so wichtig, daß er ausführlicher wiedergegeben werden soll. Die Zeitungen berichten darüber:

Am Schlusse der Sitzung genehmigte der Parteikongreß eine *Resolution*, in der die gleichzeitige und kontrollierte Herabsetzung der Rüstungen, die Festsetzung der Befugnisse des Völkerbundes und die Organisation der internationalen Sicherheit verlangt wird. Eine andere Resolution umschreibt die Partei-ziele auf dem Gebiete der Abrüstung folgendermaßen: Frankreich werde die Rüstungsferien genau einhalten und sich jeder Erhöhung sowohl der Militärkredite wie auch der Effektivstärken enthalten. Frankreich wird der Konferenz zwei Pläne unterbreiten. 1. Einen Plan auf Herabsetzung der Militärausgaben um 15 bis 20 Prozent innerhalb fünf Jahren bei den gegenwärtigen Sicherheitsbedingungen; 2. im Falle einer vollständigeren Organisierung der internationalen Sicherheit einen umfassenderen Plan für die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen, der gestatten würde, die Rechtsgleichheit aller Staaten zu verwirklichen, indem er ihnen die gleichen Verpflichtungen auferlegen würde. Dieser Plan würde vor allem ein besseres Verfahren für die Beilegung internationaler Konflikte, eine Stärkung der Vollmachten des Völkerbundsrates, eine Verschärfung des Sanktionsverfahrens und die Organisierung einer zur Verfügung des Völkerbundes stehenden internationalen Luftwaffe umfassen. Als Mittel, die nationale und internationale Sicherheit zu verstärken, würde Frankreich vorschlagen, die Handelsaviatik, die Eisenbahnlinien und die Schiffahrt zu internationalisieren und ein Verbot der privaten Waffenherstellung zu stipulieren. Schließlich würde eine internationale Kontrolle zur Ueberwachung dieser Verbote und Internationalisierungen geschaffen werden.

„Radikalen“ und „Gemäßigt“ weitergeht, ist der Führer der letzteren, Professor *Quidde*, ausgetreten.

Der bekannte Maler *Grosz* wurde von der wegen seinem Bilde „Christus mit der Gasmaske“ erhobenen Anklage vom Reichsgericht endgültig freigesprochen.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ ist nun, in der *deutschen* Fassung, seit längerer Zeit schon freigegeben.

In der Schweiz schlägt die *Dienstverweigerung* immer neue Wellen. Kaum ist die skandalöse Verhandlung im Falle Meier vorüber, so steht unser Freund *Alfred Bietenholz* in Bafel wieder vor dem Militärgericht. Obwohl nun dort ein anderer Geist waltet als unter dem Zeichen Eugster-Pfenninger, ist es doch bemühend, daß ein Mann wie Bietenholz nach allem, was man ihm wegen dieser Sache (Verweigerung der militärischen Inspektionspflicht) schon angetan hat und wovon die Zerstörung seines Berufes das Schlimmste bleibt, noch einmal zu drei Wochen Gefängnis verurteilt und ihm sogar wieder für ein Jahr die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Spüren solche Richter nicht das Armelinge ihres Tuns? Ungleich schlimmer aber geht es freilich wieder in Zürich zu. Hier wird der Dienstverweigerer *Hans Zulauf*, auch ein Mann, der in einem Waisenhaus (Foral bei Chur) ganz dem Dienst der Liebe lebt, aus der Voruntersuchung direkt ins Gefängnis, wo man ihn mit einem achtzigmal bestraften Dieb zusammensteckte, und dann ins Burghölzli gebracht. Seine Effekten, darunter Dokumente, die mit seiner Dienstverweigerung zusammenhängen, werden am Bahnhof beschlagnahmt. Auf die Bitte, daß doch wenigstens seiner Frau Mitteilung von seinem Verbleiben gemacht werde, erfolgt die Antwort: „Die erfährt es dann noch früh genug.“ Ich frage: handelt es sich da nicht einfach um Kraß, nicht nur, wie im Fall Meier, materiellen, sondern auch formellen Rechtsbruch? Und wie lange darf das noch weitergehen? <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Inzwischen hat nun also die elende Komödie der *Konferenz für Giftgas-schutz* im Saal des Nationalrates in Bern (am 9. November) stattgefunden. Es ist gegangen, wie man es erwarten konnte. Die 170 Anwesenden waren zum weitaus größten Teil solche, von denen man zum voraus wußte, daß sie zustimmen würden. Nur zum Schein — Minger ist ja schlau — und zum Teil sogar erst auf ihr eigenes Verlangen hin, wurden noch Vertreter des Gewerkschaftsbundes, der Frauenliga und der Völkerbundsvereinigungen beigezogen. Es sollte so aussehen, als ob damit die Meinung des ganzen Volkes getreu dargestellt werde. Darum auch ein klein wenig Opposition. Die Referate lagen natürlich alle in der Hand von Anhängern des Projektes, zum Teil solchen, die anerkanntermaßen von diesen Dingen nichts verstehen. Frl. Woker war von vornherein ausgeschlossen worden. So war es natürlich nicht schwer, für die vorbereitete Gaschutzresolution eine große Mehrheit zu bekommen.

Die Gegner, Dr. *Weber* für den Gewerkschaftsbund und Frau *Ragaz* für die Frauenliga, auch Regierungsrat *Sigg* von Zürich, Nationalrat *Arthur Schmid* von Oberentfelden im Aargau wahrten sich trefflich und tapfer und vertraten das, was in dieser Sache allein sachlich und ehrlich ist, nämlich, daß es nur einen Schutz gegen den Luftkrieg gebe: die Abschaffung des Krieges und völlige Abrüstung. Eine Enttäuschung muß den Machern dieser Versammlung das Verhalten der beiden Sprecher der Völkerbundsvereinigungen, Nationalrat *Häberlin* und Prof. *Bovet* gewesen sein, die sich beide entschieden gegen das Projekt wendeten. Wir andern freuen uns natürlich sehr darüber.

Bezeichnend für den Geist dieser traurigen Mache ist das Schlußwort des Tagespräsidenten, Nationalrat *Walther* von Luzern (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ Nr. 2128): Die Schweiz möge nie in einen Krieg verwickelt werden. „Wenn dies aber doch der Fall sein müßte (!), so werden wir unser Volk in jeder Hinsicht zu schützen wissen.“ [Von uns gesperrt.] Ist es nötig, zu einem solchen Satz noch einen Kommentar zu schreiben?

Eines wenigstens ist schon erreicht: Nachdem die Verteidiger unseres Militär-

#### 4. Soziales und Sozialismus.

Die *soziale Not* brandet auf wie ein bewegtes Meer — unmöglich, all ihre einzelnen Aeußerungen, auch wenn sie ein gewisses Aufsehen erregen, zu berücksichtigen. Arbeitslosigkeit (die nur in England infolge der Währungsänderung etwas abgenommen hat), Reduktion der Löhne und Gehälter, Bankrott von Banken (an einem einzigen Tage, am 15. Oktober, sind in den Vereinigten Staaten deren 26 verkracht), Geschäften, Unternehmungen, Konzernen, Schwundel und Korruption, steigende Not und Verzweiflung überall (in Deutschland besonders als Folge der sogenannten Notverordnungen); Versuche des Kapitalismus, sich durch Währungsmaßregeln und anderes zu helfen und so fort. Erwähnt sei besonders die Bauernrevolte in den österreichischen Alpenländern, der völlige Zusammenbruch des Großgrundbesitzes und die allgemeine Not der Landwirtschaft in Ostpreußen — trotz aller „Osthilfe“ —, der Lohnkampf von drei Millionen deutscher Arbeiter und als Gegenmaßregeln die Einführung der Vierzigtundenwoche in der Tschechoslowakei, dagegen als böses Zeichen der Zeit die Tatsache, daß in den Vereinigten Staaten letztes Jahr die *Abwanderung* zum erstenmal größer war als die *Zuwanderung*.

Daß der *Sozialismus* bis jetzt nicht imstande war, diese Lage politisch zu verwerten, ist anderwärts hervorgehoben. Es sei aber in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß auch die *französischen Generalratswahlen* den Sozialisten keine Erfolge brachten, ja, daß dabei sogar ihr Führer Léon Blum durchfiel.

Die neue „*Sozialistische Arbeiterpartei*“ in Deutschland zähle schon 50 000 Mitglieder (man beachte: Mitglieder, nicht Wähler!). Sie gibt seit dem 1. November eine eigene Tageszeitung, die „*Fackel*“, heraus. Möge diese recht hell und aufweckend leuchten, freilich nicht zu neuem Zwiespalt, sondern zu neuer Einheit hin!

Viel zu reden gibt immer Pfarrer Eckerts Schritt. Davon später!

#### 5. Schweizerisches.

Die schweizerischen *Wahlen zum Nationalrat* waren im Kleinen ein Abbild der englischen, zwar weniger im Ergebnis als in der ganzen Art des Kampfes. Es wäre darüber vieles zu sagen. Einmal über die ganz ungeheuer übertriebene Bedeutung, die man diesen Wahlen beilegt. Ja, wenn es sich um Wahlen im guten und großen Sinne handelte, um die „Auswahl der Besten“ für die oberste Behörde des Landes! In diesem Sinne wären Wahlen etwas sehr Wichtiges. Man lese darüber bei *Carlyle* nach. Aber nun diese Wahlen, wo der Parteapparat die Kandidaturen macht und natürlich nur wohl abgestempelte Parteimenschen durchläßt (oder höchstens noch solche, die er aus irgend einem Grund nicht übergehen darf), und wo infolge davon ein Mann von wirklicher Bedeutung und von selbständigem Geist und Charakter von vornherein nicht in Betracht kommt oder bloß durch Zufall oder besondere Konstellation in die Gesellschaft dieser „Auserwählten der Nation“ gelangt. Auch war ja gar keine Aussicht, daß die Parteikonstellation durch diese Wahlen wesentlich geändert werde. Und nun diese monatelange Konzentration der politischen Aufmerksamkeit auf

---

systems bisher immer behauptet hatten, der Luftkrieg sei gar nicht so gefährlich, lassen sie dieses Argument stillschweigend fallen, wohl weil sie gemerkt haben, daß niemand ihm Glauben schenke.

Die ganze Aktion hat selbstverständlich bloß den Zweck einer *Vernebelung*: es soll die Kritik an unserem Militärsystem am empfindlichsten Punkt abgeschwächt werden dadurch, daß man unserem Volke (mit Hilfe der Zeitungen) den Glauben beibringt, es gebe einen Schutz der Zivilbevölkerung gegen den Luftkrieg, während man natürlich genau weiß, daß es im Wesentlichen *keinen* gibt. Aber es ist doch möglich, daß dieser Schuß hinten hinausgeht und an uns ist es, dafür zu sorgen.

11. November 1931 (Tag des Waffenstillstandes).

eine Aktion, bei der doch im Großen und Ganzen — Ausnahmen immer abgerechnet — nur Ehrgeiz und Interesse der Berufspolitiker in Betracht kommen.

Die *Kampfesweise* aber sinkt von Wahl zu Wahl tiefer. Sie zeugt auf allen Seiten von der tiefen Verachtung dieser Politiker für das Volk, auf dessen Dummheit und Gemeinheit allein man spekuliert. Und zwar rede ich sicher nicht als „Parteimann“, wenn ich feststelle, daß diesmal die bürgerliche Wahlmache an skrupelloser Gemeinheit und Verlogenheit die sozialistische bei weitem überboten hat. Namentlich war die bürgerliche Wahlflugschrift, die den Titel trug: „Aufstieg oder Untergang“ (schon der Titel zeigt die tiefe Verlogenheit des ganzen Machwerks), deren Verfasser den ehrwürdigen Namen des Nikolaus Wengi mißbrauchte, in ihrer Verbindung von Raffiniertheit und grober Gemeinheit ein Meisterwerk von absolut schamloser Demagogie. Aus dem bürgerlichen Arsenal von Argumenten sei besonders der Versuch hervorgehoben, sozusagen den Stil umzukehren und alle Not des letzten Jahrzehnts ausgerechnet dem Sozialismus in die Schuhe zu schieben. Darüber ist schon bei der Befprechung der englischen Wahlen das gesagt was mutatis mutandis überall gilt. Natürlich mußte auch Rußland wieder herhalten, trotzdem es ja augenblicklich dort besser steht als in vielen bürgerlich regierten Ländern — was ich natürlich mit allem Vorbehalt sage.

So raffiniert und gemein hat die sozialistische Agitation, wie gesagt, nicht gearbeitet. Aber falsch war es, wenn das an sich so gewichtige Argument der riesigen Tantiemenbezüge nicht in einer Zeit verwendet wurde, wo es noch nicht in Gefahr stand, als bloßes Mittel der Wahlagitation zu erscheinen und damit seinen Wert zu verlieren. Im übrigen könnte der Sozialismus aus der bürgerlichen Kampfweise trotz ihrer Gemeinheit und Verlogenheit schon etwas lernen. Er könnte namentlich lernen, einen allzu selbstgerechten Ton, zu dem er nun wirklich nicht Anlaß hat, etwas zu dämpfen. Auch die Kritik an gewissen Führern sollte zum Nachdenken reizen.

Was das *Ergebnis* dieser Wahlen betrifft, so war wieder erbaulich, zu beobachten, wie es von beiden Parteien als „Erfolg“, ja „Sieg“ umgedeutet wurde. Es war für jedes ehrliche Urteil auf beiden Seiten *ein Mißerfolg*: für die Bürgerlichen, weil sie eine Anzahl Stimmen verloren haben, für die Sozialisten, weil sie unter außerordentlich günstigen Verhältnissen (bei uns ist ja die Angstpsychose noch nicht vorhanden) nicht mehr herausgeschlagen haben, als die Behauptung ihrer Delegiertenzahl und eine Vermehrung ihrer Stimmen um etwa 10 Prozent.

Für einen Sozialisten, der sich nicht absichtlich das Brett der Parteiverblendung vor die Stirn bindet, spricht dieses Ergebnis eine ganz eindeutige Sprache: daß wir mit dieser Art von Sozialismus, namentlich mit dieser Art von Führung, nicht vom Fleck kommen, ja, unter ungünstigeren Umständen schwere Niederlagen erleben werden.<sup>1)</sup>

Von schweizerischen Ereignissen der Berichtszeit seien im übrigen noch folgende hervorgehoben: In *Willisau*, im Kanton Luzern, ist eine Sparkasse verkracht, bei der mehrere Millionen verloren gingen. Sie stand unter konservativer Leitung. — Die *Fremdenindustrie* ist in voller Krise und ruft nun schon wieder den Bund um Hilfe an. Ein wenig will sie sich auf den rechten Weg begeben und zunächst die Preise etwas herabsetzen. Aber ohne eine Änderung in Sinn

<sup>1)</sup> Meine Bemerkungen zum letzten schweizerischen Parteitag im Oktoberheft sind, wie alle meine Kritik am Parteisozialismus, dieser Erkenntnis entsprungen, die sich heute jedem aufdrängen muß, der noch ehrlich sehen und denken kann. Die „Berner Tagwacht“ und das „Volksrecht“ haben darauf reagiert, wie es ihrem ganzen Geist entspricht: *mit tiefer Gemeinheit*. Mit Leuten von dieser Art lasse ich mich natürlich in keine Auseinandersetzung ein. Ich erkläre bloß: *So lange die Träger eines solchen Geistes in der Partei noch etwas zu sagen haben, ja, sogar eine gewisse Führung besitzen, kann es mit ihr trotz gewisser Erfolge, die ihr zum Trotz durch die Gunst der Umstände eintreten, in Wirklichkeit nur abwärts gehen.*

und Geist kommt dabei doch nichts heraus. — In Bellinzona spielt ein Prozeß gegen den italienischen Antifaschisten *Tonello*, bei dem sich zeigt, daß der *fascistische Einfluß* im Tessin immer wieder zu allerlei Trübung der politischen Gewässer führt. — In der Handelspolitik ist es zu einem *Zusammenstoß mit Deutschland* gekommen. Dessen gewaltiger Export nach der Schweiz, dem kein entsprechender Export der Schweiz nach Deutschland gegenübersteht, bildet allerdings eine Gefahr für die Schweiz. Aber ich bin mit Rusch der Meinung, die Schweiz hätte alle Ursache, in dieser Sache etwas weniger schneidig aufzutreten, gerade wie sie bei manchem andern noch ungleich wichtigeren Anlaß Ursache gehabt hätte, etwas mehr Rückgrat zu zeigen. Es ist immer die alte Geschichte: am falschen Ort schneidig und am falschen Ort unterwürfig.

#### 6. *Kulturelles.*

Was für Menschen tauchen aus dem Chaos dieser Tage auf! So dieser „fromme“ *Matuschka*, dessen Profession es ist, Eisenbahnzüge über Viadukte in den Abgrund zu sprengen. Wer und was erklärt solche Ercheinungen? — Und die *antisemitischen Exzeße der Studenten* in Warschau und anderswo! — Und 100 000 *politische Gefangene* in den Kerkern der Erde! — Und die *Grubenkatastrophen*, wie die neuliche der Zeche Mont Cenis in Herne, bei denen so oft die Gewissenlosigkeit der Ausbeutungsgier eine Rolle spielt! — Und der *Lübeker Calmette-Prozeß* mit feiner, wie es scheint, endgültigen Enthüllung einer gewissen medizinischen Frivolität des Spielens mit dem Leben! Wenn im Zusammenhang damit behauptet wird, daß eine ganze Tuberkuloseindustrie die Anwendung eines sicheren, von Dr. Friedmann erfundenen Heilmittels verhindere, so mag das stark übertrieben sein, aber daß es eine ganz schlimme Heilmittelindustrie gibt, ist nur allzusicher. Auch hier ist eine völlige *Wendung* nötig.

#### 7. *Kirche und Religion.*

Von kirchlichen und religiösen Ereignissen in der Berichtszeit, die für den Leserkreis der „Neuen Wege“ einige Bedeutung haben, seien folgende erwähnt:

Es stimmt, daß der *Erzbischof Kordac* von Prag abgesetzt, d. h. zur Demission gezwungen worden ist, weil sein Mittagstisch dem päpstlichen Nuntius Ciriaci nicht gut genug war und weil er sich sträubte, aus seinen dürftigen Diözesemitteln dem Nuntius eine prachtvolle Villa bauen zu lassen. Daneben mag freilich des Erzbischofs bekannter sozialer Radikalismus zu seinem Sturz stark beigetragen haben. Wenigstens ist Ciriaci auch abberufen worden. Aber die ganze Sache bleibt ein Skandal.

Ein Skandal auf protestantischer Seite ist der neue *Fall Dehn*. Der ehemalige Berliner Pfarrer Günther Dehn, der den Lesern der „Neuen Wege“ nicht unbekannt ist, ein religiöser Sozialist Barthischer Färbung, ein geistig hervorragender Mann, der letzten Frühling auf eine Heidelberger Professur wegen dem Lärm der Nationalsozialisten verzichtet hatte und dann nach Halle gewählt worden war, ist an seiner Antrittsvorlesung durch lärmende Demonstrationen von 1000 nationalsozialistischen Studenten verhindert worden und mußte unter polizeilichem Schutz heimkehren! Und welches ist sein Verbrechen? Daß er ein *Pazifist* ist, der erklärt hat, Kriegerdenkmäler gehörten eigentlich nicht in die Kirchen — im übrigen ein sehr dialektischer, d. h., um in der Sprache dieser Theologie zu reden, „gebrochener“ Pazifist. (Er lehnt z. B. die Dienstverweigerung eher ab und ist nicht *unbedingt* gegen den Krieg.) Aber auch ein solcher Mann soll auf einem deutschen theologischen Katheder unmöglich sein? So weit also wären wir! Es wäre interessant, zu erfahren, wie weit die *Theologen* an dieser Haltung beteiligt sind.

Dem gegenüber ist erfreulich, zu hören, daß die neugegründete *schwedische Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer* schon 100 Mitglieder zählt, welche Zahl sich ohne Zweifel noch stark vermehren wird.

Der „*Fall Eckert*“ bewegt auch die kirchlichen und religiösen Kreise, wie

sich's gebührt. Das Verhältnis zwischen *Kirche und Kommunismus* ist damit akut geworden. Schade, daß Eckert durch seine Rußlandreise seine Sache verdorben hat. Denn so erscheint sie zu sehr als russisches Produkt, statt als Gebot seines Gewissens. Sehr bedeutsam aber scheint mir folgendes Dokument von dem man nur innig hoffen möchte, daß die am Schluß ausgesprochene Hoffnung sich verwirkliche. *Paul Piechowski*, der bekannte Verfasser des Buches: „*Proletarischer Glaube*“, erläßt im „*Religiösen Sozialisten*“ namens der „*Bruderschaft sozialistischer Theologen*“ eine Erklärung:

„Aus Anlaß des Uebertritts von Stadtpfarrer Eckert zur kommunistischen Partei ist die Frage nach der Vereinbarkeit der religiösen Weltanschauung mit der politisch-kommunistischen Ueberzeugung aufgetaucht. Auch die *Bruderschaft sozialistischer Theologen* wird zu dieser Frage Stellung nehmen müssen. Sie ist so ernst und wichtig, daß sie erst nach einer gewissenhaften und gründlichen Durchdenkung dessen, was Religion und Kommunismus sind und erstreben, beantwortet werden kann. Schon jetzt wird, wie ich glaube, soviel deutlich, daß folgende Ueberlegungen für die Stellungnahme der Bruderschaft maßgebend sein müssen:

1. Die Ueberlegung, daß auch die kommunistische Bewegung, wie immer sie vom einzelnen theoretisch begründet wird, letzten Endes sinnvolle Zusammenhänge des Lebens voraussetzt. Ohne diese Voraussetzung von der Sinnhaftigkeit des Daseins wäre jede praktische kommunistische Betätigung ein Widerspruch in sich selber.
2. Die Ueberlegung, daß, da die Religion auf einer Funktion des menschlichen Bewußtseins beruht, die Bekämpfung der Religion eine Unmöglichkeit darstellt. Wo bisher innerhalb der kommunistischen Bewegung eine solche Bekämpfung stattgefunden hat, müssen die Ursachen solcher Bekämpfung nicht in der Religion selber liegen, sondern in dem Mißbrauch, der mit der Religion getrieben worden ist. Nicht die Religion an sich, sondern ihre jeweilige zeitgeschichtlich gebundene, kirchliche Erscheinungsform kann Gegenstand der Bekämpfung werden.
3. Die Ueberlegung, daß im proletarischen Bewußtsein, dort, wo die Kirche als Monopol des Bürgertums betrachtet und als ein Machtmittel in den Händen der kapitalistischen Gesellschaft gegen den Befreiungskampf der arbeitenden Klasse verwendet wird, ein solcher Mißbrauch der Religion vorliegt, ein Mißbrauch, der notwendigerweise die Abwehrstellung der Arbeiterschaft („die antireligiöse Propaganda der proletarischen Macht“) zum Gefolge haben muß. In dieselbe Betrachtungslinie ist die Gottlosenbewegung unferer Tage hineinzustellen. Sie ist als Reaktions- und Protestbewegung zu begreifen, die sich gegen die einseitig klassemäßig gebundene, politisch-bürgerliche Kirche richtet, und die von allen Menschen getragen wird, die auf Grund solchen Mißbrauchs der Religion religiös irre geworden sind.
4. Die Ueberlegung, daß vorhandene Mißstände und Verworrenheiten unter den Menschen niemals durch Repressalien irgendwelcher Art überwunden werden können, ob es sich nun um Aktionen gegen den sogenannten „*Kulturbolschewismus*“ oder gegen die sogenannte „*Kulturreaktion*“ handelt. Niemals können Gegensätze unter den Menschen überwunden werden durch weitere Schürung vorhandener Spannungen im Geist der Gewalt und mit der Absicht der Vernichtung des anderen, sondern immer nur gemäß den Ueberzeugungen des Christentums durch ein Zusammenkommen von Menschen guten Willens, d. h. durch den Bruderschritt, der von einem Lager ins andere führt.
5. Die Ueberlegung, daß wir, die wir mit Ernst Christen sein wollen, und die wir uns für das, was kommen soll, tief verantwortlich fühlen, den Ruf Gottes an uns in den Notwendigkeiten spüren, die sich aus der gegenwärtigen Lage unseres Lebens ergeben. Notwendig erscheint uns die treue und tätige Mitarbeit an der Ueberwindung der Sinnlosigkeit unferer bestehenden Wirtschafts- und Ge-

seellschaftsordnung. Aus diesen Beweggründen stehen wir mit dem klassenbewußten revolutionären Proletariat zusammen, weil nirgends so heiß wie hier um die Neuordnung der menschlichen Lebensverhältnisse gerungen wird. Es sind also religiöse Gründe, Gründe des Gewissens, die uns als Theologen in die Front des marxistischen Proletariats hineinzwingen.

Auf Grund dieser Ueberlegungen erscheint schon jetzt notwendig und heilsam, daß möglichst viele Christen, Pfarrer und Laien, von ihrem Gewissen gezwungen, sich als tätige Glieder in die kommunistische proletarische Bewegung hineinstellen und ebenso erscheint es heilsam und notwendig, daß möglichst viele Kommunisten den Ruf der Bruderschaft hören, sich um uns scharen, innerhalb oder außerhalb der Religionsgemeinschaften, und erkennen lernen, daß die von uns verkündete Religion einen Lebenszustand erstrebt, in dem die Ungerechtigkeit und Sinnlosigkeit der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung aufgehoben ist, in dem alle Menschen planvoll und gemeinsam schaffen, einer den anderen trägt und alle gemeinsam die Güter dieser Erde verwalten.

Die durch den Uebertritt unseres Freundes Eckert neugeschaffene Lage hat Verhandlungen zwischen dem Zentralkomitee der K.P.D.<sup>1)</sup> und der Bruderschaft sozialistischer Theologen Deutschlands notwendig gemacht. Diese Verhandlungen, die von beiden Seiten mit gutem Willen und im Bewußtsein tiefer menschlicher Verbundenheit aufgenommen worden sind, sollen der näheren Umschreibung und Klarlegung der Beziehungen zwischen Religion und Kommunismus dienen und in einem besonderen Auschuß zu Ende geführt werden.“

10. November 1931.

L. R.

#### *Schweizerische Jugendtagung gegen den Krieg.*

Die am 26. und 27. September 1931 auf der *Habsburg* versammelten Vertreter schweizerischer Jugendgruppen gelangten nach Anhörung von neun Referaten und einer allgemeinen Ausprache zu folgenden gemeinsamen Erklärungen:

1. Wir sind der Auffassung, daß das Ziel der Abrüstungskonferenzen die vollständige allgemeine Abrüstung der nationalen Streitkräfte sein muß. Von der ersten Konferenz erwarten wir eine ernsthafte Herabsetzung der Rüstungen und der Militärbudgets sowie einschneidende Maßnahmen gegen die private Rüstungsindustrie und den Waffenhandel.

2. Wir fordern von unserer Landesregierung eine aktive Abrüstungspolitik und Zusammenarbeit mit den Regierungen der übrigen, insbesondere der kleinen Staaten, die an der Abrüstung ein besonderes, lebenswichtiges Interesse haben.

3. Wir sehen in der internationalen Einführung des Milizsystems keine Lösung der Abrüstungsfrage und verlangen vielmehr den Abbau aller Streitkräfte, ein strenges Verbot der militärischen Ausbildung von Jugendlichen, die Freiheit der Friedenspropaganda in allen Ländern und deren Subventionierung zur Förderung der moralischen Abrüstung.

4. Wir verurteilen die Zurückhaltung unserer Regierung auf dem Gebiete der europäischen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit und verlangen die systematische Förderung derselben.

5. Wir erwarten, daß der Bundesrat den Vorschlag für die Durchführung von „Rüstungsferien“ im Völkerbund vorbehaltlos und nachdrücklich unterstützt.

6. Wir lehnen die militärische Landesverteidigung ab, weil wir den besten Schutz unseres Landes in der Abrüstung erblicken.

7. Dienstverweigerern aus Gewissensgründen soll als rechtmäßigen Gliedern der Gesellschaft Gelegenheit geboten werden, ihre Dienstbereitschaft außerhalb des Militärs, im Zivildienst, zu beweisen.

8. Wir fordern alle Jugendlichen und Jugendgruppen auf, den Kampf gegen den Militarismus, für Abrüstung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen und der nationalistischen Verhetzung und militärischen Vorbereitung der Jugend ihren Friedenswillen entgegenzustellen.

<sup>1)</sup> K.P.D. = Kommunistische Partei Deutschlands.

Uns geht es um die größere Heimat, um Europa, um die Menschheit und um den Glauben an eine glücklichere, gerechtere Zukunft. Wir sind überzeugt, daß nur noch eine radikale, tapfere Abrüstungspolitik, die den festen Willen zur Tat in sich trägt, einen kommenden Krieg verhindern kann.

9. Wir sind der Auffassung, daß die heutige Wirtschaftsordnung zum Kriege führt. Wir fordern darum alle jungen Menschen auf, für eine neue, gerechtere Gesellschaftsordnung zu arbeiten.

*Gesuch an den Bundesrat betreffend Giftgaschutz.* Die Verfammlung, die anlässlich der Jahresverfammlung des Schweizerischen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit am 17. Oktober im Bernoullianum in Basel stattfand, hat sich eingehend mit der Frage des Zivilschutzes in einem künftigen Kriege beschäftigt und fordert den Bundesrat eindringlich auf, bei seinen Beratungen über diese Materie folgendes zu beachten:

1. Die chemische Wissenschaft hat trotz aller Bemühungen durch mehr als 15 Jahre hindurch weder einen Universalfilter zu schaffen vermocht, der jeden anwendbaren Gaskampfstoff zu absorbieren in der Lage wäre, noch einen Schutanzug herzustellen, der den Körper gegen die ätzenden Kampfstoffe zu schützen vermöchte. Deshalb ist jede Ausrüstung der Zivilbevölkerung mit Gasmasken zu Abwehrzwecken illusorisch.

2. Die Einrichtung der häufig vorgeschlagenen kollektiven Schutzmaßnahmen (gasföhre Keller, Unterstände etc.) fallen nicht allein wegen der finanziellen Unmöglichkeiten außer Betracht, sondern auch um der Tatsache willen, daß nach Berichten des Roten Kreuzes selbst die Anwendung von Brifanz- und Brandbomben alle derartigen Schutzmaßnahmen völlig unwirksam machen würde.

Sie erfucht daher den Bundesrat, weder der Rüstungsindustrie, noch der sogenannten Schutzindustrie irgendwelche Mittel zur Verfügung zu stellen zur Herstellung von jenen Dingen, die für diese Industrien zwar fehr lohnend sind, dem Volke aber im Notfalle gar nichts nützen. *Einzig eine Förderung aller derjenigen Bemühungen und Organisationen, die eine Einigung Europas erstreben und auf die Abrüstung hinzielen, ist ein wirksamer Schutz unseres Landes.*

Leser, ahnst Du, daß es Zeit ist, daß auch Du Hand anlegst an die Abrüstung? Dann trete der Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit bei. Sie sagt Dir, was Du tun kannst. *Adresse:* Schweizerische Zentralstelle für Friedensarbeit, Zürich 4, Gartenhofstraße 7, Tel. 50.081 oder 52.464.

*Union Jeune Europe (U.J.E.)* In Genf ist die erste Nummer der neuen Zeitung „Jeune Europe“ (Jung-Europa) herausgekommen. Das Blatt wirbt für die in Genf gegründete Union Jung-Europa, die alle europäisch denkenden Bürger und Bürgerinnen, ungeachtet ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung, zu einer großen populären Bewegung zusammenschließen will. Aus jedem einzelnen Artikel des Blattes geht unzweideutig hervor — einmal mehr —, daß Frieden und Einigung für Europa Fragen des Seins oder Nichtseins geworden sind. Alle diejenigen, die sich für die Bewegung, deren Endziel der Europäische Staatenbund ist, interessieren, werden gebeten, sich um Auskunft an die Union Jeune Europe in Genf zu wenden.

#### *Zum Vogelmord im Tessin.*

Sonntag ist's, ein heil'ger Frieden liegt auf Erden weit und breit. Und hier im sonnigen, mit herrlichen Früchten dies Jahr ganz besonders gesegneten Tessin möchte man dem Schöpfer erst recht dankbar sein. Doch schon Sonntags in aller Frühe geht hier auf dem Lande weit und breit ein Krachen los: Es gilt, den wenigen noch vorhandenen Vögeln ohne Unterschied den Garaus zu machen. Während in allen Kirchen der zahlreichen Dörfer ringsum die Glocken läuten, streifen überall in großer Zahl junge Männer, meistens Nichtstuer, durch Fluren, Felder und Wäl-

der, ja selbst während des Gottesdienstes sah ich solche, um die Kirche und den Friedhof wie Katzen am Boden schleichend, um die von uns geliebten und gepflegten Sänger erbarmungslos niederzuknallen. Alles, was vor die Flinte kommt, muß das Opfer dieser durch den h. Staat angelernten und zur Leidenschaft gewordenen Schießerei werden; selbst mein Haushund mußte dran glauben. Unser innerstes, heiligstes Empfinden gegenüber der verfolgten Tierwelt wird verspottet, mit Füßchen getreten. Der Schaden, der durch dieses verabscheungswürdige Verbrechen gegen die Natur und die Schöpfung an der Landwirtschaft entstanden ist und weiter entsteht, ist ungeheuer. Im Tessin wimmelt es überall von Schädlings und Infekten, und fast alles Obst ist wurmstichig und ungenießbar. Durch eidgenössische Subventionen kann da der Landwirtschaft nicht geholfen werden. Des Geldes wegen gibt der Kanton jährlich 5000 Patente an die Vogeljäger aus, ohne Rücksicht auf die Folgen dieser amtlichen Bewilligungen. Die Folgen bestehen auch darin, daß durch die Schießerei Bäume, Reben und andere Pflanzen verletzt und krebsig werden. Die Bauern klagen umsonst, daß viele Vogeljäger in großen Taschen und Rucksäcken Feldfrüchte mitlaufen lassen. Die amtlichen Verbote bleiben unbeachtet, weil tatsächlich jede Aufsicht gänzlich fehlt und auch ohne Patent gefahrlos gepulvert werden kann. Als Beweis dafür, wie hoch die Jäger, die keine Jäger sind, ihre Beute taxieren, folgendes Beispiel: Ein solcher bringt einer hiesigen Witwe elf Spiegelmeisen und einen Spatz und ist dafür zufrieden mit einem Glas Bier. Es handelt sich nur um eine alte Leidenschaft, die jene als ein altererbtes „heiliges“ Recht bezeichnen. Seit Jahren kämpfe ich umsonst gegen den abschrecklichen Tessiner Vogelmord. Ich bewirkte einzig Empörung und Haß der Vogelfreunde gegen Volk und Regierung. Alljährliche Verbote sind ganz wirkungslos. Das Sekretariat des Schweizerischen Bundes für Naturschutz wendete sich an die schweizerischen und kantonalen Behörden, die weitere energische Verbote erlassen haben. Doch die Schießerei nimmt ungehindert ihren Fortgang, im Frühling auch das Ausnehmen der Nester und im Sommer das Fallenstellen. Ein Massenprotest aller Tier- und Naturfreunde dürfte bewirken, daß das Gewissen und das Empfinden jener leidenschaftlichen und ganz verstockten Menschen, zu denen auch die Uccelli-Vertilger gehören, endlich erwacht.

E. Ernst-Sprecher, Cureglia/Lugano.

P.S. Wir unterstützen diesen Appell von ganzem Herzen. D. Red.

#### Veranstaltungen.

*Aarau.* Zusammenkunft der „Aufbau- und Neue Wege-Gruppe“ Aargau und Umgebung Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 14.15 Uhr, im alkoholfreien Hotel Helvetia in Aarau. Traktanden: „Broschüre Henriette Roland Holst: Vierter Teil“. Anschließend freie Ausprache. Jedermann ist herzlich willkommen. Der Aufschuß.

*Die Gemeinde der Toten.* Charles W. Wendte ist fast hundertjährig in Kalifornien gestorben. Er war auch geistig noch ein Vertreter einer älteren, durch und durch idealistischen amerikanischen Generation, von weltumfassender Weite der Seele, tiefer menschlicher Güte und unverwelklicher Jugendlichkeit des Gemütes. Als ein Führer der Unitarier, das heißt: jener Art von religiösem Liberalismus, die für die angelfächerische Welt charakteristisch ist (vielleicht eher: war), und zu der so große Gestalten wie Channing, Parker und Martineau gehören, hat er die Einigung der Menschheit in der Freiheit erstrebt und diese Freiheit auch selbst wirklich geübt. Auch für das soziale Problem ist er weit aufgeschlossen gewesen und hat tapfere Worte darüber gesprochen. Eine lautere, große und gute Seele ist nicht mehr unter uns, wenigstens „diesseits des Vorhangs“. Wir werden besonders einen Tag, den wir in seiner Pfarrei zu Brighton in der Nähe von Boston verlebten, nie vergessen und unsere Dankbarkeit für viel großherzige Freundschaft wird nie vergehen.

## Der Kampf der «Neuen Wege».

Es widerstrebt mir immer mehr, nach der Mode gewordenen Weise der Zeitungen und Zeitschriften am Ende des Jahres die Leser aufzufordern, daß jeder von ihnen einen oder gar zwei (wenn nicht drei) neue Abonnenten werbe, daß man ein Abonnement auf die „Neuen Wege“ zum Weihnachts- oder Neujahrsgeschenk mache und so fort. Aber Eins muß doch gesagt werden: Es ist klar, daß der Kampf der „Neuen Wege“ immer schwieriger wird. Die wirtschaftliche Lage wird nicht nur halbherzige Leser, falls die „Neuen Wege“ noch solche haben sollten, zum Abfall veranlassen, sondern auch manche ihnen warm zugetane vor die Frage stellen, ob sie es verantworten könnten, sie noch länger zu halten.

Dem gegenüber möchte ich bloß dies sagen: Wenn ich in früheren Jahren durchaus bereit gewesen wäre, die Zeitschrift eingehen zu lassen, falls die Freunde zugestimmt hätten, um meine Zeit und Kraft im Dienste der gleichen Sache anders zu verwenden, so bin ich jetzt von der Notwendigkeit, daß gerade *dieser Kampf*, der Kampf der „Neuen Wege“, geführt werde, fester als je überzeugt. Es wäre auch besonders schade, wenn wir jetzt gewissen Menschen und Mächten, die uns hassen, das Feld räumen, oder auch nur unsern Kampf einschränken müßten. Nein, gerade jetzt sollten sich immer mehr Menschen, die auf einer einfachen und wesentlichen Linie einer neuen Welt entgegenstreben, um die Fahne scharen, welche die „Neuen Wege“ erheben und sollten uns nicht in unserm Kampfe um Gott und den Menschen im Stiche lassen, wie leider Gottes so oft geschieht. Und was die Kosten betrifft, die zehn und (für das Ausland) zwölfeinhalf Franken, so möchte ich nur das sagen: *Die „Neuen Wege“ kämpfen gegen Mächte, die, wenn sie siegen sollten, sehr viel mehr kosten würden, und kämpfen für eine Sache, die für den, der sie mitmacht oder auch nur unterstützt, sehr viel mehr bedeutet, als zehn oder zwölfeinhalf Franken!*

Die Redaktion.

### Druckfehler.

Im Novemberheft ist folgendes zu berichtigen: S. 478, Z. 17 von oben muß es heißen: „ein (nicht „nun“) Fragen nach Licht und Hilfe, eine (nicht „neue“) Bereitschaft“. S. 518, Z. 13 von oben muß es nach: „eines Krieges des „Westens“ (wozu diesmal Deutschland mitgehörte)“ heißen: „gegen Rußland“. S. 522, Z. 25 von unten muß es heißen: *Sitze* (nicht „Stimmen“).

## Redaktionelle Bemerkungen.

Der Kampf mit dem Raum hat wieder arge Opfer gekostet. Ich bitte um Nachsicht. Der Auffatz: „Die große Not“ wird im neuen Jahrgang fortgesetzt mit wichtigen und ergreifenden Dokumenten. Herzliche Wünsche für Weihnachten und zur Jahreswende!